VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT

über die Sitzung

des Gemeinderates

am **Dienstag, den 15.12.2020**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

In Kaltenleutgeben, Hauptstr. 78, Sitzungssaal

Die Einladung erfolgte am 09.12.2020 durch

Kurrende.

ANWESEND WAREN:

Vorsitzende(r)

Bgmstin. Bernadette Schöny, BA

stv. Vorsitzende(r)

Vzbgm. Gabriele Gerbasits

Geschäftsführende Gemeinderäte

gfhr. GR Dr. Johann Schadwasser

gfhr. GR Theresa Edtstadler, MSc

gfhr. GR DI. Peter Sedlbauer

Gemeinderäte

GR Erika Schmidt

GR Hans Georg Krutak

GR Ernst Glaser

GR Daniel Steinbach

GR Elisabeth Arrer

GR Eva-Maria Müller

GR Doris Embacher

GR DI. Wolfgang Kastenhofer

gfhr. GR Ing. André Stöger

gfhr. GR Sonja Häusler

gfhr. GR Peter Fuchs

GR Dkfm. Gottfried Hell

GR Martina Sehorz

GR Mag. Patricia Lorenz

GR Martin Wild

GR Ing. Erich Hofbauer

GR Matthias Hauer

GR Ewald Simandl

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

ENTSCHULDIGT ABWESEND WAREN:

Vorsitzende: Bgmstin. Bernadette Schöny, BA

Die Sitzung war nicht öffentlich.
Die Sitzung war beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls vom 29.09.2020
2. Bericht der Kontrolle
3. Voranschlag 2021
4. ABA Kaltenleutgeben, BA07, Zusicherung von Förderungsmitteln aus dem NÖ Wasserwirtschaftsfonds
5. Fördervertrag mit MOJA
6. Heizkostenzuschuss
7. Anpassung Hortbeiträge
8. Änderung der Friedhofsgebührenordnung
9. Anpassung der Hundeabgabe
10. Erhöhung des Einheitssatzes für die Aufschließungsabgabe
11. Subventionsvergaben
12. Mobilitätsgemeinde
13. Resolution Gemeindefinanzen

Nicht öffentlicher Teil

14. Personalangelegenheiten

Öffentlicher Teil

15. Allfälliges

VERLAUF DER SITZUNG

Öffentlicher Teil

Pkt. 1 Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls vom 29.09.2020

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass gegen das Sitzungsprotokoll vom 29.9.2020 keine Einwände erhoben wurden.

Das Protokoll gilt daher als genehmigt.

Pkt. 2 **Bericht der Kontrolle**

GR DI Kastenhofer berichtet als Obmann des Prüfungsausschusses über die am 1.12.2020 durchgeführte Kontrolle. Es wurde der Status der Empfehlungen des Landes zur Gebührengearung und der Status der Empfehlungen des Prüfungsausschusses 2020 kontrolliert.

Der schriftliche Bericht wird als Beilage 1 dem Sitzungsprotokoll angeschlossen.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht der Kontrolle zur Kenntnis.

Pkt. 3 **Voranschlag 2021**

Frau Vzbgm. Gerbasits berichtet über die Erstellung des Voranschlages 2021 entsprechend der VRV 2015. Nach durchgeführter Voranschlagsberatung mit dem Land NÖ wurde das Budget im Finanzausschuss beraten und vom 27.11. bis 11.12.2020 zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Stellungnahmen wurde keine eingebracht.

Nach Vorberatung im Gemeindevorstand stellt die Bürgermeisterin folgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge aufgrund der Bestimmungen des § 73 der NÖ Gemeindeordnung 1973 folgenden Haushaltsbeschluss fassen:

Voranschlag 2021

Die Zusammenstellung der im Voranschlag festgesetzten Erträge und Aufwendungen ergibt folgende Eckpunkte:

Im Ergebnishaushalt sind Erträge von € 7.334.800,-- und Aufwendungen in der Höhe von € 6.708.200,-- verzeichnet.

Es ergibt sich damit ein Nettoergebnis von € 626.600,--. Nach Entnahmen von Haushaltsrücklagen in der Höhe von € 500.000,-- verbleibt somit ein endgültiges Nettoergebnis von € 1.126.600,--.

Im Finanzierungshaushalt stehen Einzahlungen bei der operativen Gebarung von € 7.272.100,-- Auszahlungen von € 5.760.800,-- gegenüber.

In der investiven Gebarung stehen Einzahlungen von € 82.000,-- Auszahlungen von € 1.399.100,-- gegenüber. Bei der Finanzierungstätigkeit stehen Einzahlungen von € 220.000,-- Auszahlungen von € 414.200,-- gegenüber. Somit ergibt sich ein Saldo aus der voranschlagswirksamen Gebarung von € 0,--.

Aufbauend auf der Ergebnisrechnung ergibt das kumulierte Haushaltspotential einen Endbestand von € 1.538.900,--.

Kassenkredit

Zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben kann die Gemeinde einen Kassenkredit in der Höhe von € 500.000,-- auf unbestimmte Zeit aufnehmen.

Darlehensaufnahmen

Für 2021 sind Darlehensaufnahmen in der Höhe von € 220.000,-- geplant.

Dienstpostenplan

Die Besetzung von Dienstposten der Marktgemeinde Kaltenleutgeben darf ebenso wie die Besoldung nur durch den beigeschlossenen Dienstpostenplan erfolgen.

Gfhr.GR DI Sedlbauer ersucht im Namen der SPÖ Fraktion um folgenden Protokollvermerk:

„Die SPÖ Fraktion stimmt dem VA 2021 mit folgenden Anmerkungen zu:

Gerade in der schwierigen Corona-Zeit war es sicherlich eine Herausforderung einen akzeptablen Voranschlag 2021 zu erstellen. Bedanken wollen wir uns für die Durchführung einer gemeinsamen Abstimmung im Vorfeld der Erstellung des Voranschlags.

Dem Ausschuss für „Finanzen und Demokratiepoltik“ wurde zunächst ein Voranschlag übermittelt, in dem einige **Fehler vorhanden** waren und in ein paar **wesentlichen Punkten** die **notwendige Transparenz** für ein für die Bevölkerung **nachvollziehbares Budget** gefehlt hat.

In einer mehr als 2h dauernden Diskussion im Ausschuss haben die **SPÖ Vertreter** daher **sichergestellt**, dass der **Voranschlag überarbeitet wurde** und nun in einer Form vorliegt, die von der SPÖ Fraktion mitgetragen werden kann. Auch einige von uns vorgeschlagenen Anpassungen in einigen Budgetpositionen wurden vorgenommen. Einige Punkte sind jedoch noch immer intransparent und daher wollen wir mit diesem Protokollvermerk auch diese aus unserer Sicht wichtigen Budgetpositionen für die Bevölkerung klarstellen:

Seite 110

- Die Position „Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung“ in der Höhe von EUR 19.800 ist für den **Server im Rathaus** vorgesehen.

Seite 121

- Die Position „Gebäude und Bauten“ in der Höhe von EUR 100.000 ist für die Ausschreibung des Planungsauftrag für die **Neugestaltung der Volksschule** vorgesehen.

Seite 163

- Die Position „Ankauf Grundstück“ in der Höhe von EUR 10.000 ist für den **Ankauf eines Grundstücks von Perchtoldsdorf** inkl. Vermessung und Grundbuchseintragung vorgesehen.

Seite 168|169

- Die Position „Gebäude und Bauten“ in der Höhe von EUR 30.000 ohne weitere Bezeichnung ist für das Vorhaben **„Regionaler Laden oder Coworking Space“** vorgesehen.
- Die Position „Gebäude und Bauten“ in der Höhe von EUR 70.000 mit der Bezeichnung „Hpt.72“ ist im Rahmen der Barrierefreiheit für Einbau eines **Aufzugs im Sicherheitszentrum** vorgesehen.
- Die Position „Gebäude und Bauten“ in der Höhe von EUR 30.000 mit der Bezeichnung „Hpt.34“ ist für den Einbau eines **Treppenlifts und die Herstellung der Barrierefreiheit für die Ordination „Dr. Grössinger“** vorgesehen.

Anregen wollen wir noch, dass in der Mittelfristplanung die Planwerte für die Folgejahre der nachfolgenden Budgetposten fehlen und diese daher im Nachtragsvoranschlag nachgetragen werden sollten:

- Kanalbau Leitungskataster BA 102 Regenwasser (2020 bis 2024)
- Infrastruktur Erweiterung Geschäft (2021 bis 2023)

Erfreulich ist, dass im **Voranschlag genug Budget** vorhanden ist, damit der Neubau des **Vereinsgebäude für den ASK** oder die **Sanierung des Urnenhains** in Angriff genommen werden kann. Auch die **Renovierung und Neugestaltung der Volksschule** wird nun angegangen, wobei hier nur zunächst **viel Geld für die Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung eines Planungsauftrags ausgegeben** wird. Diese Vorbereitung kann, wenn sie professionell durchgeführt wird, durchaus einen **Mehrwert für den Umbau der Volksschule** bringen. Hier gilt es aber abzuwarten, welche Ergebnisse erzielt werden.

Wohlvollend haben wir festgestellt, dass **kein Budgetposten** für eine etwaige **Hundezone vorgesehen** ist. Wir gehen daher davon aus, dass dieses **Thema vorerst nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt** wird und die großen Bedenken der Bevölkerung zu einem Umdenken bei ÖVP und Grüne geführt hat.

Leider finden sich **im Budget 2021 keine Finanzmittel** für

- die Instandhaltung von **Wanderwegen**,
- Gestaltung der **Ortseinfahrt Ellinggraben**,
- Ausbau der **Müllsammelstellen**,
- **Beschattung der Hortterrasse**,
- Errichtung einer **E-Tankstelle** oder
- der notwendigen **Sanierung des Friedhofsabstellraums**.

um einige Beispiele hier zu nennen. Eventuell wird es hier im Nachtragsvoranschlag noch Nachbesserungen geben.

Wir gehen auch davon aus, dass der **Voranschlag** mit dem **Land NÖ** ordentlich **abgestimmt** wurde und die **hohen** angenommenen **Bedarfszuweisungen** für ein ausgeglichenes Budget auch Kaltenleutgeben **zur Verfügung gestellt werden**. Da hier aber noch **keine finale Zusage** vom Land NÖ vorliegt sollten **zuerst notwendige Sanierungsmaßnahmen und laufende Projekte** weiter forciert werden und **keinesfalls neue Projekte ohne gesichertes Budget** in Angriff genommen werden.

Parallel dazu haben wir auch eine **Resolution** gerichtet an die Bundesregierung **zum Thema „Gemeindefinanzen“** heute im Gemeinderat **eingebraucht**, da die von der **ÖVP/Grünen** geführte Bundesregierung einen **Antrag** der SPÖ im Nationalrat zur **„Ausreichenden Finanzierung der Gemeinden“** **abgelehnt** hat. Gerade in diesen **schwierigen Zeiten** dürfen die **Gemeinden** aber von der Bundesregierung **nicht im Stich gelassen** werden.“

Zur Debatte sprachen: Vzbgm. Gerbasits, gfh. GR DI Sedlbauer, Bgm. Schöny, GR DI Kastenhof-
er, gfh. GR Dr. Schadwasser

Dem Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 4 **ABA Kaltenleutgeben, BA07, Zusicherung von Förderungsmitteln aus dem NÖ Wasserwirtschaftsfonds**

Mit Schreiben vom 18.5.2020, Zl. WA4-WWF-50229007/2, wurde für die Abwasserentsorgungsanlage Kaltenleutgeben, Bauabschnitt 07, wurden Förderungsmitteln aus dem NÖ Wasserwirtschaftsfonds zugesichert. Bis zur Endabrechnung wird zu vorläufigen förderbaren Kosten zum Leitungsinformationssystem in der Höhe von € 6.500,-- eine vorläufige Pauschalförderung im Ausmaß von € 350,-- zugesichert. Der Gemeinderat hat die Annahme der Zusicherung zu beschließen.

Nach Vorberatung im Gemeindevorstand stellt die Bürgermeisterin den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge die vorbehaltlose Annahme der Zusicherung des NÖ Wasserwirtschaftsfonds vom 18. Mai 2020, WWF-50229007/2 für den Bau der Abwasserentsorgungsanlage Kaltenleutgeben, Bauabschnitt 07, beschließen. Eine entsprechende Annahmeerklärung ist vom Gemeinderat zu fertigen.

Zur Debatte sprach: Gfhr. GR Fuchs

Dem Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 5 Fördervertrag mit MOJA

Der Fördervertrag mit MOJA läuft mit Jahresende 2020 aus und soll für 2021 ein neuer Vertrag abgeschlossen werden. Die Förderhöhe beläuft sich unverändert auf insgesamt € 18.025,-- und ist in 2 Tranchen zu bezahlen.

Seit das KUK in Betrieb ist, werden die Räumlichkeiten regelmäßig von MOJA genützt, besonders in der schlechten Jahreszeit. Von der MOJA wurde der Gemeindebericht 2020 vorgelegt.

Gfhr. GR Edtstadler, MSc, berichtet über den Jahresbericht der MOJA im Gemeinderatsausschuss Generationen, Kultur, Umwelt.

Nach Vorberatung im Gemeindevorstand stellt die Bürgermeisterin den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge mit der MOJA-Mobilie Jugendarbeit / Streetwork für die Betreuung der Jugendlichen im Jahr 2021 einen Fördervertrag 2021 abschließen. Die Förderhöhe bleibt unverändert bei € 18.025,--.

Zur Debatte sprachen: Bgm. Schöny, gfhr.GR Edtstadler, MSc, GR Wild, GR Krutak

Dem Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 6 Heizkostenzuschuss

Wie in den letzten Jahren soll ein Heizkostenzuschuss für Personen mit geringem Einkommen gewährt werden. Die Auszahlung erfolgt an jenen Personenkreis, der auch vom Land NÖ einen Heizkostenzuschuss erhält.

Der Heizkostenzuschuss soll mit € 90,-- unverändert hoch wie im Vorjahr bleiben.

Der Bürgermeister stellt nachfolgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge einen Heizkostenzuschuss für Personen mit geringem Einkommen in der Höhe von € 90,-- beschließen.

Dem Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 7 Anpassung Hortbeiträge

Im Zuge der Gebarungseinschau durch die Aufsichtsbehörde wurde festgestellt, dass die letzte Anpassung der Hortbeiträge mit Gemeinderatsbeschluss vom 5.4.2011 erfolgte. Im Hinblick auf den Inflationsbedingten Wertverlust des Hortbeitrages soll eine Anpassung vorgenommen werden. Der zuständige Gemeinderatsausschuss hat sich beraten und den Vorschlag einer Anpassung mit dem neuen Schuljahr 2021/22 ab September 2021 gemacht.

Die Bürgermeisterin stellt nach Vorberatung im Gemeindevorstand den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge die monatlichen Hortbeiträge wie folgt ab September 2021 neu beschließen:

1 Tag/Woche	€ 55,--
2 Tage/Woche	€ 72,--
3 Tage/Woche	€ 89,--
4 Tage/Woche	€ 106,--
5 Tage/Woche	€ 123,--

Der Beitrag für die Mittagsgruppe wird bis 14.00 Uhr mit € 42,-- und bis 14.30 Uhr mit € 52,-- festgelegt. Für auswärtige Kinder erfolgt ein Aufschlag von € 12,-- je Tag.

Für die Ferienbetreuung soll ab Sommer 2021 ein Betrag von € 60,-- pro Woche eingehoben werden.

Zur Debatte sprachen: Bgm. Schöny, BA, gfh.r.GR DI Sedlbauer

Dem Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 8 Änderung der Friedhofsgebührenordnung

Auch die Friedhofsgebühren wurden vom Amt der NÖ Landesregierung als Aufsichtsbehörde der Gemeinde bei der Gebarungseinschau genau geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass eine Kostendeckung seit 2015 nicht gegeben ist. Obwohl die Friedhofsgebühren zuletzt mit 1.4.2018 neu festgesetzt wurden, sollen die Gebühren ab Jänner 2021 neuerlich verändert werden.

Die Bürgermeisterin stellt nach Vorberatung im Gemeindevorstand den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge die nachstehende Friedhofsgebührenordnung neu beschließen:

Friedhofsgebührenordnung
nach dem NÖ Bestattungsgesetz 2007
für den Friedhof der Marktgemeinde Kaltenleutgeben

§ 1
Arten der Friedhofsgebühren

Für die Benützung des Gemeindefriedhofes werden eingehoben:

- a) Grabstellengebühren
- b) Verlängerungsgebühren
- c) Beerdigungsgebühren
- d) Enterdigungsgebühren
- e) Gebühren für die Benützung der Leichenkammer (Kühlanlage)
- f) Gebühren für die Benützung der Aufbahrungshalle

§ 2
Grabstellengebühren

Die Grabstellengebühr für die Überlassung des Benützungsrechtes auf 10 Jahre bei Erdgrabstellen bzw. bei sonstigen Grabstellen auf 10 Jahre bei Urnennischen und 30 Jahre bei Grüften beträgt für

- a) Erdgrabstellen:
 - 1. für 3 Leichen € 420,00
 - 2. für 4 Leichen € 560,00
 - 3. für 4 Urnen € 560,00

- b) Sonstige Grabstellen:
 - 1. Urnennische für 4 Urnen € 560,00
 - 2. Gruft bis zu 3 Leichen € 1500,00
 - 3. Gruft bis zu 6 Leichen € 3000,00
 - 4. Gruft bis zu 12 Leichen € 6000,00

§ 3
Verlängerungsgebühren

- (1) *Für Erdgrabstellen und sonstige Grabstellen, für die ein erstmaliges Benützungsrecht mit der Dauer von 10 Jahren festgesetzt wurde, wird die Verlängerungsgebühr (für die weitere Verlängerung des Benützungsrechtes auf jeweils 10 Jahre) mit dem gleichen Betrag festgesetzt, der für solche Gräber als Grabstellengebühr zu entrichten ist.*

- (2) *Für sonstige Grabstellen, für die ein erstmaliges Benützungsrecht mit der*

Dauer von 30 Jahren festgesetzt wurde, wird die Verlängerungsgebühr (für die weitere Verlängerung des Benützungsrechtes auf jeweils 10 Jahre) mit einem Drittel des Betrages festgesetzt, der für solche Gräber als Grabstellengebühr zu entrichten ist.

§4 Beerdigungsgebühren

(1) *Die Beerdigungsgebühr (für das Öffnen und Schließen der Grabstelle und die Bereitstellung des Versenkungsapparates) beträgt bei der*

a)	<i>Beerdigung einer Leiche in einem Erdgrab</i>	€	540,00
b)	<i>Beerdigung einer Leiche in einem Erdgrab mit Deckel (blinde Gruft)</i>	€	1090,00
c)	<i>Beerdigung einer Urne in einem Erdgrab oder Urnengrab</i>	€	140,00
d)	<i>Beerdigung einer Urne in einem Erdgrab mit Deckel (blinde Gruft)</i>	€	420,00
e)	<i>Beisetzung einer Leiche in einer Gruft</i>	€	1210,00
f)	<i>Beisetzung einer Urne in einer Gruft</i>	€	610,00
g)	<i>Beisetzung einer Urne in einer Urnennische</i>	€	420,00

(2) *Bei Beerdigungen außerhalb der Dienstzeit erhöht sich die jeweilige Gebühr nach Absatz 1 bei:*

a)	<i>Beerdigungen an Werktagen (Mo. bis Fr.) nach 16 Uhr pro Beerdigung</i>	€	160,00
b)	<i>Beerdigungen an Samstagen pro Beerdigung</i>	€	220,00

(3) *Die Beerdigungsgebühr von Leichen von Kindern beträgt die Hälfte der in Absatz 1 festgesetzten Gebührensätze.*

§ 5 Enterdigungsgebühr

Die Enterdigungsgebühr für eine Enterdigung (§ 19 Abs. 1 NÖ Bestattungsgesetz 2007) beträgt das Eineinhalbfache der jeweiligen Beerdigungsgebühr.

Die Enterdigungsgebühr für die Enterdigung einer Leiche aus einer Gruft beträgt das Eineinhalbfache der jeweiligen Beerdigungsgebühr für die 1. Leiche. Für jede weitere Leiche wird ein Pauschalbetrag von € 550,00 berechnet.

Die Enterdigungsgebühr für die Enterdigung einer Urne werden folgende Gebühren verrechnet:

1)	<i>bei einem Erdgrab</i>	€	130,00
2)	<i>bei einem Erdgrab mit Deckel (für die 1. Urne)</i>	€	410,00

3) bei einem Erdgrab mit Deckel ab der 2. Urne	€	130,00
4) bei einer Gruft oder dem Urnenhain (für die 1. Urne)	€	410,00
5) bei einer Gruft oder dem Urnenhain ab der 2. Urne	€	130,00

§ 6

Gebühren für die Benützung der Leichenkammer (Kühlanlage) und der Aufbahrungshalle

(1) Die Gebühr für die Benützung der Leichenkammer (Kühlanlage) beträgt für jeden angefangenen Tag	€	35,00
(2) Die Gebühr für die Benützung der Aufbahrungshalle beträgt für jeden angefangenen Tag	€	120,00

§ 7

Schluss- und Übergangsbestimmungen

Diese Friedhofsgebührenordnung tritt mit 1. Jänner 2021 in Kraft.

Zur Debatte sprachen: Bgm. Schöny, gfh. GR DI Sedlbauer

Dem Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 9 Anpassung der Hundeabgabe

Vom Amt der NÖ Landesregierung wurde bei der Gebarungseinschau die Valorisierung der Hundeabgabe empfohlen, weil die Hundeabgabe seit 1.1.2011 gilt. Nach Vorberatung im Finanzausschuss soll die Hundeabgabe für den ersten Hund mit € 48,- und für jeden weiteren Hund mit € 96,- festgelegt werden. Hunde mit besonderem Gefährdungspotenzial werden mit € 96,- und für jeden weiteren mit € 192,- festgesetzt.

Die Bürgermeisterin stellt nach Vorberatung im Gemeindevorstand den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge nachstehende Verordnung über die Erhebung der Hundeabgabe beschließen:

VERORDNUNG über die Erhebung der Hundeabgabe

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben beschließt aufgrund der Bestimmungen des NÖ Hundeabgabegesetzes 1979, LGBl. 3702, in der derzeit geltenden Fassung für das Halten von Hunden eine Abgabe wie folgt zu erheben:

1. Für Nutzhunde jährlich € 6,54 pro Hund.
2. Für Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotential und auffällige Hunde nach §§ 2 und 3 NÖ Hundehaltegesetz jährlich € 96,- für den ersten Hund und für jeden weiteren innerhalb eines Haushaltes € 192,-.

3. Für alle übrigen Hunde jährlich € 48,-- für den ersten Hund und für jeden weiteren Hund innerhalb eines Haushaltes € 96,--.

Wird der Hund während des Jahres erworben, so ist die Hundeabgabe innerhalb eines Monats nach dem Erwerb zu entrichten. Für die folgenden Jahre ist die Hundeabgabe jeweils bis spätestens zum 15. Februar des laufenden Jahres ohne weitere Aufforderung zu entrichten.

Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 2021 in Kraft.

Zur Debatte sprachen: Bgm. Schöny,BA, Gfhr. GR DI. Sedlbauer, gfhr. GR Fuchs

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Pkt. 10 Erhöhung des Einheitssatzes für die Aufschließungsabgabe

Der Einheitssatz für die Berechnung der Aufschließungsabgabe ist seit 1.11.2013 unverändert. Das Amt der NÖ Landesregierung hat im Rahmen einer Gebarungseinschau eine Valorisierung und Anpassung des Einheitssatzes verlangt. Es wurden die Kosten für die Straßenherstellung und die Kosten für einen Laufmeter Straßenbeleuchtung neu erhoben. Durch die neuen Preise ergibt sich ein neuer Einheitssatz in der Höhe von € 745,--. Dieser ist vom Gemeinderat neu zu verordnen und soll ab 1.1.2021 in Kraft treten.

Die Bürgermeisterin stellt nach Vorberatung im Gemeindevorstand den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben möge nachstehende Verordnung über die Festsetzung des Einheitssatzes für die Berechnung der Aufschließungsabgabe beschließen:

VERORDNUNG

Der Einheitssatz gemäß § 38 Abs. 6 der NÖ Bauordnung 2014, LGBl. Nr. 1/2015, in der derzeit geltenden Fassung, für die Berechnung der Aufschließungsabgabe wird für das gesamte Gemeindegebiet mit

€ 745,--

festgelegt.

Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 2021 in Kraft.

Dem Antrag wurde vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Pkt. 13 Resolution Gemeindefinanzen

Von der SPÖ Gemeinderatsfraktion Kaltenleutgeben wurde gemäß § 46 Abs. 1 NÖ Gemeindeordnung 1973 ein Antrag um Aufnahme eines Gegenstandes in die Tagesordnung fristgerecht eingebracht. Es soll eine Resolution Gemeindefinanzen im Gemeinderat beschlossen werden.

Resolution Gemeindefinanzen

Österreichs Städte und Gemeinden sorgen gerade in der momentanen Krisensituation dafür, dass die wichtigen Leistungen der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger verlässlich erbracht werden. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, Kanalisation, Verkehr wie auch soziale Dienste, Pflege, Gesundheit im Allgemeinen und Bildung funktionieren auch in dieser schwierigen Zeit und vermitteln den Menschen ein Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens. Nicht umsonst schätzen 90% der BürgerInnen die kommunale Grundversorgung und 80% von ihnen wollen, dass sie in kommunaler Hand bleibt.

Das im Juni beschlossene kommunale Investitionsprogramm des Bundes („Gemeindemilliarde“) hat die finanziell angespannte Lage zwar verbessert, jedoch wurde darin ein Spielraum für Investitionen vorausgesetzt, der durch die Deckung der laufenden Kosten von den Städten und Gemeinden nicht ausreichend genutzt werden konnte.

Im Gegensatz zu privaten Unternehmen ist man von vielen Hilfsprogrammen des Bundes wie Kurzarbeit oder Fixkostenzuschuss ausgeschlossen, was sich besonders negativ auswirkt, wenn kommunale Unternehmen am freien Markt in Konkurrenz zu privaten stehen. Der Einbruch der Kommunalsteuer und die verringerten Ertragsanteile verschärfen die Lage zusehends.

Damit die kommunale Daseinsvorsorge auch weiterhin das uneingeschränkte Vertrauen der Bevölkerung genießt und das Rückgrat für einen von Unsicherheit geprägten Alltag bildet, braucht es dringend weitere Unterstützungsleistungen durch den Bund.

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Kaltenleutgeben fordert die zuständige Bundesregierung auf, dringend finanzielle Mittel für die Städte und Gemeinden bereitzustellen, um die Verluste für Investitionen auszugleichen und die lokale und regionale Wirtschaft anzukurbeln. Zudem sollen Städte, Gemeinden und kommunale Unternehmen in die Hilfsprogramme des Bundes, insbesondere den Fixkostenzuschuss, einbezogen werden und Zugang zur Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur haben.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat mehrstimmig abgelehnt.

(dafür 10 Stimmen SPÖ, Enthaltung 1 Stimme GR DI Kastenhofer, dagegen 12 Stimmen ÖVP und GRÜNE)

Abänderungsantrag der ÖVP:

Die Bürgermeisterin wird im Sinne der Antragsbegründung ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und sich bei dieser dafür stark zu machen, dass zeitnahe Gespräche zwischen dem Bund, den Gemeindevertretern sowie Expertinnen und Experten aufgenommen werden, die eine langfristige Sicherstellung der Gemeindefinanzen zum Gegenstand haben. Ziel muss es dabei sein, entsprechende Maßnahmen so rechtzeitig zusetzen, dass es nach Ausschöpfung der bestehenden Unterstützungsinstrumentarien zu keinen Finanzierungslücken kommt und auch künftig zu jederzeit die Gemeinden über ausreichende Mittel zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben verfügen. Zudem sollen weitere kommunale Hilfspakete für Gemeinden und Städte geschnürt werden. Insbesondere soll auf die finanzschwachen Gemeinden Rücksicht genommen werden.

Der Antrag wurde vom Gemeinderat mehrstimmig angenommen.

(dafür 12 Stimmen ÖVP und GRÜNE, Enthaltung 1 Stimme GR DI Kastenhofer, dagegen 10 Stimmen SPÖ)

Zur Debatte sprachen: Gfhr. GR DI. Sedlbauer, gfhr. GR Dr. Schadwasser, Vzbgm. Gerbasits

Für den Tagesordnungspunkt 14 wird gemäß § 47 NÖ Gemeindeordnung die Öffentlichkeit für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Protokoll des nicht öffentlichen Tagesordnungspunktes wird gemäß § 53/7 leg.cit gesondert abgelegt.

Nicht öffentlicher Teil

Für den Tagesordnungspunkt 14 wird gemäß § 47 NÖ Gemeindeordnung die Öffentlichkeit für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Protokoll des nicht öffentlichen Tagesordnungspunktes wird gemäß § 53/7 leg.cit gesondert abgelegt.

Öffentlicher Teil

Pkt. 15 Allfälliges

Weihnachtswünsche und Danksagungen der Bürgermeisterin, der Fraktionsvorsitzenden und von Gfhr. GR Fuchs im Namen der Bediensteten.

Die Abstimmungen erfolgten durch Erheben der Hand.

Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Sitzung am
genehmigt – abgeändert – nicht genehmigt.

Bürgermeister

.....
Schriftführer

Gemeinderat

.....
Gemeinderat

.....
Gemeinderat

Gemeinderat